

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Harald Walser, Freundinnen und Freunde

betreffend Modellregion Gemeinsame Schule Vorarlberg

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (531 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz und das Schulunterrichtsgesetz geändert werden (600 d.B.)

BEGRÜNDUNG

Seit Beginn der Regierungskoalition zwischen ÖVP und Grünen in Vorarlberg ist das Thema Bildung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Eine wichtige Frage ist jene nach einer Gemeinsamen Schule für alle 10- bis 14-Jährigen in Vorarlberg.

Bei der vierten Sitzung des Vorarlberger Landtags wurde deutlich, wie groß die Zustimmung zu einer Modellregion Gemeinsame Schule ist. Alle im Vorarlberger Landtag vertretenen Parteien sind sich einig und wollen ein entsprechendes Modell unterstützen.

Die Umsetzung bedarf allerdings einer Änderung in der Bundesgesetzgebung. Elmar Mayer, SPÖ-Nationalratsabgeordneter aus Vorarlberg, hat angekündigt, gemeinsam mit anderen Vorarlberger Abgeordneten einen entsprechenden Antrag im Parlament einzubringen (siehe Berichterstattung in der Tageszeitung „Vorarlberger Nachrichten“ vom 14./15. Mai 2015). Bislang ist diesbezüglich noch nichts geschehen.

DONNERSTAG/FREITAG, 14./15. MAI 2015



VIERTE LANDTAGSSITZUNG 2015

Unterschiede gesucht

Debatte über die gemeinsame Schule eint die Parteien. In acht Tagen wird es ernst.

MICHAEL PROCK

✉ Michael.Prock@parlament.gv.at
Telefon: 06502/541-633

BREGENZ. Von einer historischen Chance war die Rede. Von einer Vorreiterrolle des Landes. Von Chancengleichheit. Die SPÖ machte die gemeinsame Schule zum Thema der Aktuellen Stunde im Landtag. Sie wollte wissen, wann die Modellregion endlich angegangen wird. Dieses „endlich“ war der einzige Grund zu debattieren. Denn: Während die einen auf den 22. Mai verwiesen, geht es den anderen nicht schnell genug. Im Kern waren sich alle einig: Die gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen muss her. Die Parteien bemühten sich, Unterschiede zwischen den Fraktionen zu finden, doch sie wurden meist nur bei der Bundespartei fundig.

Geschichte schreiben

Gabriele Sprickler-Falschlunger (SPÖ) eröffnete die Sitzung und erinnerte an die Vorkommnisse in Dornbirn, wo sich die Anzahl der Zeugnisse mit Bestnoten von Schule zu Schule grob unterschieden hat. „Der einzige Weg ist die gemeinsame Schule“, ist sie sich sicher. An die zu-



Auch bei Gabriele Sprickler-Falschlunger (SPÖ) und Landesrätin Bernadette Mennel (ÖVP) herrschte weitestgehend Einigkeit. FOTO: VN/LEON

ständige Landesrätin Bernadette Mennel (ÖVP) richtete sie die Worte: „Es wird ein langer Weg, aber Sie können Geschichte schreiben.“ Grün-Abgeordneter Daniel Zadra blies ins selbe Horn: „Das ist eine historische Chance.“ Neos-Abgeordnete Martina

Pointner bezweifelte, dass die gemeinsame Schule ein Allheilmittel werden wird, befürwortet das Konzept aber. Es könne gut mit mehr Schulautonomie einhergehen, eine weitere Forderung, bei der sich die Parteien einig waren. Christoph Waibel von

der FPÖ forderte die ÖVP auf, endlich grünes Licht für den Schulversuch zu geben, und ihn nicht noch weiter hinauszuschieben.

Wien muss herhalten

Von Hinausschieben könne keine Rede sein, konterte die Volkspartei. „Am 22. Mai werden die Ergebnisse der Studie vorgestellt, daran werden wir uns orientieren“, erklärte Mennel. Dass grundsätzlich Einigkeit herrschte, erschwerte die Suche der Abgeordneten nach Unterschieden. So warf die Volkspartei den Blauen die Haltung von Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache vor. Waibel dazu: „Schauen Sie auf Ihre Bundespartei. Sie werden von uns noch überrascht sein.“ Umgekehrt bekam die ÖVP das Bekenntnis zum Gymnasium im neuen Parteiprogramm vorgeworfen. Wie Neos wollten für sich in Anspruch nehmen, als erste auf Schulautonomie zu pochen. Kommentar von Roland Frühstück (ÖVP): „Die Forderung gibt es seit 20 Jahren, so lange gibt es euch noch gar nicht.“ Konter Pointner: „Wir wollen eine echte, keine Pseudoautonomie.“

SPÖ-Nationalratsabgeordneter Elmar Mayer wird zum Thema einen Antrag einbringen und lädt die Vorarlberger Abgeordneten aller Parteien zur Unterstützung ein. Bei aller Einigkeit: So weit wird es wohl nicht kommen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Bildung und Frauen werden aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der es erlaubt, ganz Vorarlberg als Modellregion für die Gemeinsam Schule aller 10- bis 14-Jährigen zu führen. Dazu gehören insbesondere Änderungen im Schulorganisationsgesetz, die Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Ressourcen und entsprechende Ausbildungsmodule für LehrerInnen und SchulleiterInnen, um den binnendifferenzierten Unterricht und individuelle Förderung der SchülerInnen zu gewährleisten.

